**Niederschrift
öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Dümmer**

(vorbehaltlich der Genehmigung, Ergänzung bzw. Korrektur in der nächsten Sitzung)

Sitzungstermin:	Dienstag, 08.12.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Europahaus, Dorfstraße 16, 19073 Dümmer

Anwesend sind:

Bürgermeisterin

Frau Anke Gräber

2. Stellv. Bürgermeister

Herr Andreas Münch

1. Stellv. Bürgermeister

Frau Janett Rieß

Gemeindevertreter

Frau Yvonne Dahl

Herr Nico Dankert

Herr Martin Herrmann

Herr Ralf Kaap

ab 18:30 Uhr

Frau Jenny Schmidt

Herr Robert Schneider

Verwaltung

Herr Sven Borgwardt

Kämmerer

Frau Jana Kohlhaus

Protokollantin

Entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreter

Herr Manfred Richter

Herr Florian Rolof

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 27.10.2020
- 4 Protokollkontrolle
- 5 Übergabe der Spende der Wemag an den Hundeverein
- 6 Einwohnerfragestunde gemäß § 17 Abs. 1 KV M-V
- 7 Gemeindliches Einvernehmen zu Bauanträgen
- 8 Informationen der Bürgermeisterin
- 9 Informationen der Ausschussvorsitzenden

- 10 Kenntnisnahme Prüfbericht der überörtlichen Prüfung der Jahre 2015 bis 2018
11 Unterzeichnung Kooperationsvereinbarung S³ - Wittenburg Village
Vorlage: 2020/DÜM/503
12 Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019
Vorlage: 2020/DÜM/500
13 Beschluss über die Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 2020/DÜM/501
14 Beratung und Beschlussfassung zum Antrag auf Errichtung und Betreib von 1 WKA gem.
§ 4 BImSchG am Standort Parum der Gemeinde Dümmer Az.: StALU WM-51-4686-
5712.0.1.6.2V
hier: Ersuchen um das gemeindliche Einvernehmen
Vorlage: 2020/DÜM/497
15 Beschlussfassung über den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur
Bildung eines Atemschutz- und Schlauchverbundes im Landkreis Ludwigslust-Parchim
Vorlage: 2020/DÜM/498
16 Beschaffung/ Bezuschussung der Technik für den elektronischen Sitzungsdienst
Vorlage: 2020/DÜM/502

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Die Bürgermeisterin, Frau Gräber, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
- zu 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung**
Es wird beantragt, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

Die Kenntnisnahme des Prüfberichtes der überörtlichen Prüfung der Jahre 2015 bis 2018 wird als TOP 10 eingefügt und die Tischvorlage 2020/DÜM/503 Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung S³ - Wittenburg Village wird unter TOP 11 behandelt.

Die Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.
- zu 3 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 27.10.2020**
Die Sitzungsniederschrift vom 27.10.2020 wird zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung Dümmer nachgereicht.
- zu 4 **Protokollkontrolle**
Zur vorliegenden Protokollkontrolle des Amtes gibt es keine Wortmeldungen.

- zu 5 **Übergabe der Spende der Wemag an den Hundeverein**
Frau_____ und Frau_____ der Firma Wemag AG überreichten eine Spendencheck in Höhe von 200€ an den Vorsitzenden des Hundesportclubs Dümmer e.V..
- zu 6 **Einwohnerfragestunde gemäß § 17 Abs. 1 KV M-V**
Es wurde angemerkt, dass durch die überschüssige Erde neben der Feuerwehr, die durch die Verlegung der Gasleitungen entstanden ist, der Regeneinlauf verstopft ist. Weiterhin besteht durch herausstehende Schrauben der Akkurinne Stolpergefahr.
- zu 7 **Gemeindliches Einvernehmen zu Bauanträgen**
Es liegen keine Bauanträge zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens vor.
- zu 8 **Informationen der Bürgermeisterin**
- Die Bürgermeisterin, Frau Gräber, informiert darüber, dass die Schreiben an die Anwohner bzgl. der Straßenreinigungssatzung an die meisten Haushalte verteilt wurden. Bei Nichteinhaltung sollen die entsprechenden Bürger nochmal ermahnt werden.
 - Weiterhin informierte Frau Gräber darüber, dass die Bauanlaufberatung für den Erweiterungsbau der Kindertagesstätte Seepferdchen Ende November stattgefunden hat.
 - Weiterhin berichtete sie von der Planung bzgl. des Gymnasialen Schulzentrums Stralendorf. Hier wird geplant eine neue Sporthalle und ein Erweiterungsbau II zu bauen. Die Gesamtkosten könnten sich auf 45 Mio.€ belaufen. Die derzeitige Schulumlage wird sich von 1.340€ auf ca. 2.100€ erhöhen. Somit würde die Amtsumlage ebenfalls steigern. Für die Sporthalle und den Erweiterungsbau II sind Fördermittel zu beantragen, wobei die Förderquote voraussichtlich max. 45% betragen wird. Derzeit ist es noch fraglich ob und wann diese Maßnahmen zu realisieren sind.
 - Bezugnehmend auf die Förderung und Anschaffung eines MLF für die Feuerwehr führte Herr Borgwardt an, dass er und Herr Mende bereits mit dem Ministerium in Kontakt stehen. Der Mitarbeiter des Ministeriums empfiehlt den Antrag aus 2019 zurückzuziehen und den Antrag digital neu zu stellen, da wohl vorrangig digital gestellte Anträge bearbeitet werden sollen. Herr Mende wird den Antrag neu in digitaler Form stellen, unter Bezug zum ersten Antrag. Weiterhin führte der Borgwardt aus, dass die Stellungnahme durch den LPBK nicht an das Innenministerium weitergeleitet wurde.
 - Für die Neuanschaffung des Traktors liegen drei Angebote vor. Die Kosten variieren zwischen 52 T€ und 75 T€. Herr Richter prüft die Angebote.
 - Frau Gräber informiert darüber, dass die kommunalen Gebäude bis zum 31.03.2021 geschlossen bleiben. Derzeit ist jedoch der Kinder- und Jugendsport für Kinder unter 18 Jahren erlaubt.
 - Das Gutachten für das undichte Dach des Bootshauses liegt vor. Es wurde ein Baumangel festgestellt, sodass das Bauunternehmen zur Behebung des Schadens aufgefordert werden kann.

- Die Anfrage des Solarpark Ost soll im Bauausschuss weiterhin behandelt werden.
- Frau Gräber informierte darüber, dass zukünftig 6 Bauzäune aufgestellt werden sollen, um die Wahlplakate daran zu befestigen. Es sollen keine Wahlplakate an Laternen angebracht werden.

zu 9 **Informationen der Ausschussvorsitzenden**
Sozialausschuss:

- Die Sozialausschussvorsitzenden, Frau Schmidt, berichtet, dass es keinen neuen Sitzungen gegeben habe, auf Grund der Corona-Pandemie. Weiterhin berichtet sie, dass die Seniorenweihnachtsfeier ausgefallen ist, jedoch kleine Präsente an die Senioren verteilt wurden.

Bauausschuss:

- Der Bauausschussvorsitzende, Herr Dankert, berichtet, dass auf Grund der Corona-Pandemie keine Sitzungen stattgefunden haben.

zu 10 **Kenntnisnahme Prüfbericht der überörtlichen Prüfung der Jahre 2015 bis 2018**
Die Gemeindevertreter bestätigen einstimmig den Eingang des Prüfberichtes für die Haushaltsjahre 2015-2018.

zu 11 **Unterzeichnung Kooperationsvereinbarung S³ - Wittenburg Village**
Vorlage: 2020/DÜM/503

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeindevertretung hat am 26.05.2020 den Beschluss gefasst, fortführend an dem Projekt Tourismuskonzeptes S³ - „Wittenburg Village“ teilzunehmen und sich in den Jahren 2020, 2021 und 2022 mit jeweils 5.000€ an der Erstellung des Tourismuskonzeptes S³ - „Wittenburg Village“ zu beteiligen. Die finanziellen Mittel wurden und werden in der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Nunmehr liegt die Kooperationsvereinbarung vor. Diese liegt der Beschlussvorlage anbei.

Es ist vorgesehen, dass der Amtsvorsteher für die Gemeinde Dümmer unterzeichnet, da die Fördermittel durch die Amtsverwaltung entsprechend beantragt wurden. Diese ist daraus entstanden, dass sich zu Beginn des Projektes das Amt Stralendorf an der Erstellung des Tourismuskonzeptes S³ beteiligt hat. Da sich im weiteren Verlauf nur die Gemeinde Dümmer an dem Projekt beteiligen möchte, wurde die Kooperationsvereinbarung so ausgefertigt, dass das Amt Stralendorf für die Gemeinde Dümmer unterzeichnet.

Aus der Kooperationsvereinbarung geht weiterhin hervor, dass der Eigenanteil pro beteiligte Kommune auf 4.285,72€ sinkt. Aus Sicht des Amtes ist es jedoch zu empfehlen, weiterhin jährlich 5.000€ zu planen.

Finanzielle Auswirkungen:

Jährliche Beteiligung in Höhe von 5.000€. Die Mittel sind für das Haushaltsjahr 2020 bereits eingestellt und werden für die Jahre 2021 und 2022 im Haushalt eingeplant.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass Herr Richter als Amtsvorsteher für die Gemeinde Dümmer die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	11	
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	9	
Davon stimmberechtigt:		9
Ja-Stimmen:	6	
Nein-Stimmen:	2	
Stimmenenthaltungen:	1	
Ungültige Stimmen:	/	

zu 12

Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019

Vorlage: 2020/DÜM/500

Sach- und Rechtslage:

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Stralendorf und Herr Necke (sachverständiger Dritter) haben den Jahresabschluss der Gemeinde Dümmer zum 31.12.2019 gemäß § 3a KPG M-V geprüft.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat das Ergebnis in seinem Prüfbericht und seinem Prüfungsvermerk zusammengefasst und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Jahresabschluss, Prüfbericht, Prüfungsvermerk sowie der Bestätigungsvermerk sind der Vorlage beigelegt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses hat zu keinen Beanstandungen geführt, die so wesentlich wären, dass sie der Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gemeindevertretung entgegenstehen könnten.

Der Prüfbericht lag der Bürgermeisterin zur Einsicht und Stellungnahme vor.

Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen	822.486,91
Ergebnisvortrag inkl. Jahresergebnis 2019	120.982,38
Liquiditätsbestand zum 31.12.2019	1.405.754,72

Der Haushaltsausgleich ist insgesamt gegeben.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Dümmer stellt den Jahresabschluss 2019 fest.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	11
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	9
Davon stimmberechtigt:	9
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	/
Stimmenenthaltungen:	/
Ungültige Stimmen:	/

zu 13

**Beschluss über die Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 2020/DÜM/501**

Sach- und Rechtslage:

Die Prüfung des Jahresabschlusses hat zu keinen Beanstandungen geführt, die so wesentlich wären, dass sie der Entlastung der Bürgermeisterin entgegenstehen könnten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 18.11.2020 beschlossen, die Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2019 zu empfehlen.

Die Bürgermeisterin unterliegt dem Mitwirkungsverbot nach § 24 KV M-V.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Bemerkungen

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes M-V waren folgende Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

- Bürgermeisterin Anke Gräber

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	11
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	9
Davon stimmberechtigt:	8
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	/
Stimmenenthaltungen:	/
Ungültige Stimmen:	/

zu 14

**Beratung und Beschlussfassung zum Antrag auf Errichtung und Betrieb von 1 WKA
gem. § 4 BImSchG am Standort Parum der Gemeinde Dümmer Az.: StALU WM-51-
4686-5712.0.1.6.2V**

hier: Ersuchen um das gemeindliche Einvernehmen

Vorlage: 2020/DÜM/497

Sach- und Rechtslage:

Die ENERKRAFT GmbH, mit Sitz in 32425 Minden, Wallfahrtsteich 27, plant mit dem Antrag auf Errichtung und Betrieb von Windkraftanlagen gem. § 4 BImSchG - Az.: StALU WM-51-4686-5712.0.1.6.2V, im Windeignungsgebiet Parum 13/18 auf der Gemarkung Parum, Flur 2, Flurstücke 59 und 60, die Errichtung und den Betrieb von 1 Windkraftanlagen (WKA).

Die Durchführung des Genehmigungsverfahrens erfolgt gem. § 10 BImSchG.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist auch über die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens zu entscheiden. Gemäß § 36 Abs. 1 BauGB ist über die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 31, 33 bis 35 BauGB im Einvernehmen mit der Gemeinde zu entscheiden.

Planungsrechtlich liegt der Standort der Anlage im Außenbereich (§ 35 BauGB). Dazu ist

von der Gemeindevertretung gemäß § 35 BauGB zu prüfen und abzuwägen:

- Liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vor?
- Ist die Erschließung gesichert?
- Wird den Zielen der Raumordnung entsprochen?
- Wird das Vorhaben in einer flächensparenden, die Bodenversiegelung auf das notwendige Maß begrenzte und den Außenbereich schonende Weise ausgeführt?
- Wurde für das Vorhaben eine Verpflichtungserklärung abgegeben, das das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurück zu bauen und die Bodenversiegelung zu beseitigen ist?

Die Gemeinde darf ihr Einvernehmen nur aus den sich aus den §§ 31, 33 bis 35 BauGB ergebenden Gründen verweigern. Verweigerungsgründe sind im Beschluss ausführlich zu benennen.

Durch das StALU wurde für die Abgabe einer Stellungnahme zum Inhalt der Planunterlagen eine **Frist bis zum 31.12.2020** gesetzt. Diese Frist kann nicht verlängert werden. Sollte bis dahin keine Stellungnahme abgegeben werden, wird davon ausgegangen, dass seitens der Gemeinde das gemeindliche Einvernehmen erteilt wird.

Die vollständigen Antragsunterlagen (2 große Ordner) können bis zum Sitzungstermin in den Räumen des Amtes Stralendorf eingesehen werden und liegen den Gemeindevertretern zum Sitzungstermin vor.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine

Anlagen

Anschreiben StALU Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz
2x Ordner mit Antrags- und Genehmigungsunterlagen

Beschlussvorschlag:

- a) Nach Prüfung und Abwägung der Bedingungen des § 35 BauGB wird zum Antrag der ENERKRAFT GmbH (Anschrift des Antragstellers: Wallfahrtsteich 27, 32425 Minden) für die Errichtung und den Betrieb von 1 WKA in der Gemarkung Parum, Flur 2, Flurstück 59 und 60 das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB erteilt.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	11
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	9
Davon stimmberechtigt:	9
Ja-Stimmen:	/
Nein-Stimmen:	9
Stimmenenthaltungen:	/
Ungültige Stimmen:	/

oder

- b) Nach Prüfung und Abwägung der Bedingungen des § 35 BauGB wird zum Antrag der ENERKRAFT GmbH (Anschrift des Antragstellers: Wallfahrtsteich 27, 32425 Minden) für die Errichtung und den Betrieb von 1 WKA in der Gemarkung Parum,

Flur 2, Flurstück 59 und 60 das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB aus folgenden Gründen verweigert:

Begründung:

Die Zustimmung des gemeindlichen Einvernehmens wird entsprechend der Stellungnahmen zu vorangegangenen Anträgen verweigert. Herr Knaack wird gebeten eine entsprechende Stellungnahme für dieses Antrag zu erarbeiten und fristgerecht zu versenden.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	11
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	9
Davon stimmberechtigt:	9
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	/
Stimmenenthaltungen:	/
Ungültige Stimmen:	/

Bemerkungen

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes M-V waren keine/folgende Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Frau Gräber wird mit einer Anwaltskanzlei Kontakt aufnehmen, die sich auf die Thematik der Windkraft spezialisiert haben. Hier soll erfragt werden, ob die Kanzlei Kapazitäten frei hätten, um die Gemeinde zu beraten. Weiterhin sollen die Kosten erfragt. Der Bauausschuss unterstützt bei Stellungnahmen und Fragen.

zu 15

Beschlussfassung über den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Bildung eines Atemschutz- und Schlauchverbundes im Landkreis Ludwigslust-Parchim

Vorlage: 2020/DÜM/498

Sach- und Rechtslage:

Im Altkreis Ludwigslust existiert bereits seit 1996 ein Verbundsystem zum Tauschen, Prüfen, Warten und zur Ersatzbeschaffung im Bereich Atemschutz und für Schläuche. Hierzu gibt es keine schriftlichen Vereinbarungen. Um ein einheitliches System im ganzen Landkreis zu etablieren und wirtschaftlich betreiben zu können, ist es notwendig eine gemeinsame rechtliche Grundlage zu schaffen. Mit dem Abschluss von Verträgen ordnet der Landkreis die genaue Anzahl der vorhandenen Ausstattung und kann erforderliche Maßnahmen, wie Ersatzbeschaffungen, notwendige Reparaturen und Wartungen gezielt planen und umsetzen.

Die Gemeinde ist nicht in der Lage die erforderlichen Dienstleistungen aus dem Verbundsystem in Eigenleistung zu erfüllen. Hierzu müsste erforderliches Personal, Gebäude und technisches Material vorgehalten werden. Aus diesem Grund empfiehlt sich der Abschluss der Vereinbarung. Eine aktuelle Kostenkalkulation, eine Präsentation und ein Protokoll über die Klärung von aufgetretenen Fragen sowie die Vereinbarung liegen der Beschlussfassung bei.

Die sich ergebenden Kosten müssen ab 2021 im Haushalt berücksichtigt werden.

Tritt die Gemeinde dem Verbundsystem nicht bei, können die Leistungen nur eingeschränkt genutzt werden, z.B. kann der 1 zu 1 Tauschraum (sofortige Mitnahme von Wechselschläuchen und Geräten) nicht genutzt werden. Weiterhin ist geplant, die Gebührensatzung nach Verbund- und Nichtverbundpartner zu staffeln.

Die Laufzeit des Vertrages beträgt 12 Jahre, da sich eine kürzere Laufzeit im Zuge einer Kosten- und Nutzungsrechnung nicht darstellen lässt.

Das Verbundsystem arbeitet kostendeckend, d.h. mögliche Überschüsse werden direkt im

Folgejahr verrechnet.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten werden im Produktkonto 126.5237 für das Haushaltsjahr 2021 geplant.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt über den Abschluss der öffentlichen Vereinbarung zur Bildung eines Atemschutz- und Schlauchverbundes im Landkreis Ludwigslust-Parchim.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	11
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	9
Davon stimmberechtigt:	9
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	/
Stimmenenthaltungen:	/
Ungültige Stimmen:	/

zu 16

**Beschaffung/ Bezuschussung der Technik für den elektronischen Sitzungsdienst
Vorlage: 2020/DÜM/502**

Sach- und Rechtslage:

Mit der Neufassung der Geschäftsordnung wird geregelt, dass die Einladungen zu den Sitzungen sowie die Bereitstellung der Unterlagen hierzu auf elektronischem Wege erfolgen, sofern nicht der einzelne Gemeindevertreter weiterhin eine Einladung in Schriftform wünscht.

Durch das Amt Stralendorf wurden durch eine Erweiterung des Ratsinformationssystems Session die technischen Voraussetzungen hierzu eingerichtet.

Durch den Hersteller wird die Nutzung der dazugehörigen Mandatos-App empfohlen, die speziell für die Nutzung auf mobilen Endgeräten entwickelt wurde. Die App ist für die Verwendung sowohl auf Apple-Geräten als auch auf Android-Geräten konzipiert.

Verwaltungsseitig wird die Nutzung/Anschaffung von privateigenen Endgeräten empfohlen, welche die Gemeinde je Wahlperiode durch einen Zuschuss unterstützt. Der Verlust des Sitzes in der Wahlperiode ist der Zuschuss anteilig an die Gemeinde zurückzuzahlen.

Finanzielle Auswirkungen:

Alternative 1:

Max. Zuschuss für 17 Mandatsträger. Die Mittel sind für den Haushalt 2021 entsprechend des Beschlusses einzuplanen.

Alternative 2:

Für die Anschaffung von 17 Geräten muss eine Verhandlungsvergabe durchgeführt werden. Pro Gerät sollten Kosten in Höhe von ca. 450€ eingeplant werden, sodass im Haushalt 2021 insgesamt 7.650,00€ eingeplant werden.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt für jeden Gemeindevertreter, bei Teilnahme am elektronischen Sitzungsdienst, je Wahlperiode ein entsprechendes Gerät bereitzustellen/ für die Nutzung zu überlassen und die Anschaffung als Gemeinde vorzunehmen. Bei Verlust des Sitzes in der Gemeindevertretung bzw. als sachkundiger Einwohner im Ausschuss während der Wahlperiode ist das Gerät der Gemeinde unverzüglich zurückzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	11
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	9
Davon stimmberechtigt:	9
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	/
Stimmenenthaltungen:	/
Ungültige Stimmen:	/

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender

Schriftführer